



Menschenrechte von Schwulen und Lesben ansprechen – Russischer Botschafter kommt ins Bremer Rathaus

Bremen, 26. März 2014

Der russische Botschafter Vladimir Grinin kommt am Montag, 31. März 2014, nach Bremen und wird auch im Rathaus empfangen. Das Bremer RAT & TAT – Zentrum für Schwule und Lesben appelliert an die Bremer Landesregierung, den Botschafter im Gespräch eindringlich aufzufordern, die unerträgliche Menschenrechtslage in Russland zu verbessern. »Der Umgang mit Homosexuellen und mit Andersdenkenden in Russland ist nicht akzeptabel. Die russische Regierung muss die Minderheiten im Land schützen«, erklärt RAT & TAT-Vorstandsmitglied Reiner Neumann.

In Russland werden Homosexuelle offen diskriminiert. Im Juni 2013 unterzeichnete Präsident Putin ein russlandweites Gesetz gegen angebliche »homosexuelle Propaganda«, das in Deutschland und anderen EU-Staaten für große Empörung sorgte. Das Gesetz verbietet es, sich positiv über Homosexualität in Gegenwart von Minderjährigen oder in den Medien zu äußern. Wer es doch tut, muss mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe rechnen. Dabei gilt schon als Verstoß, die Regenbogenflagge zu zeigen oder als homosexuelles Paar erkennbar zu sein.

Dieses Gesetz verletzt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von Mitgliedern der LGBTI-Gemeinschaft (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual) und vieler Menschen, die sich für deren Rechte einsetzen, und hat zu einer Welle von Gewalttaten durch so genannte Bürgerwehren gegen Schwule und Lesben im ganzen Land geführt. Selbst während der Olympischen Spiele in Sotschi hörte die Hetzjagd nicht auf.

Im letzten Jahr hat Deutschland einem Homosexuellen aus Russland Asyl gewährt und damit die Gefahrenlage verdeutlicht. Anfang November 2013 entschied der Europäische Gerichtshof zudem, dass Homosexuellen in der EU Asyl gewährt werden muss, wenn diesen in ihren Ländern Strafen wegen ihrer Homosexualität drohen.

»Es erfüllt mich mit großer Sorge, dass sich jetzt rechtskonservative Kreise bei uns durch das Vorgehen der Putin-Regierung zu menschenverachtenden Äußerungen ermutigt fühlen«, sagt RAT & TAT-Vorstandsmitglied Christian Linker.

Die Demokraten in Deutschland fordern wir auf: »Wehret den Anfängen!«